Formulare für das Insolvenzverfahren

Die folgenden Formulare sind nur für Insolvenzverfahren über das Vermögen **juristischer Personen** (nicht für natürliche Personen) gemacht. Wenn Sie einen Insolvenzantrag über das Vermögen eines Menschen stellen möchten (z. B. auch um Restschuldbefreiung zu erlangen), sind diese Formulare ungeeignet.

Wenn Sie als Gläubiger einen Insolvenzantrag stellen möchten, sind diese Formulare ebenfalls ungeeignet.

Wenn Sie Insolvenzantrag stellen, müssen Sie *Auskunft* über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft erteilen.

Hinweise zur Auskunftserteilung:

Diese ist eine gesetzliche Verpflichtung (§§ 97, 101, 20 InsO). Sie müssen dabei **vollständige und richtige Angaben** machen. Manchmal hört man die Fehlvorstellung, man bräuchte sich bei Gericht nicht selbst zu belasten. Dies trifft im Insolvenzverfahren nicht zu, im Gegenteil: Im Insolvenzverfahren sind sogar solche Tatsachen zu offenbaren, die geeignet sind, eine Verfolgung wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit herbeizuführen. Ihre diesbezüglichen Auskünfte dürfen in einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Sie oder einen Angehörigen allerdings nicht verwendet werden (soweit Sie nicht zustimmen).

Die Angaben müssen sorgfältig gemacht werden. Dies erfordert selbstverständlich Mühe und Zeit (vielleicht müssen Sie dazu erst Ihre Unterlagen sortieren...) Sicherlich haben Sie viele andere Aufgaben und Verpflichtungen, denen Sie sich lieber widmen würden.

Die Auskunftserteilung im Insolvenzverfahren geht aber allen anderen Aufgaben und Verpflichtungen vor. Das Gesetz bestimmt sogar, dass sich der Schuldner oder die Schuldnerin „jederzeit“ für die Erfüllung der gesetzlichen Auskunfts- und Mitwirkungspflichten zur Verfügung stellen muss (§§ 97 Abs. 3, 101 InsO). Da die Auskunftserteilung im Insolvenzverfahren

daher oberste Priorität hat und das Insolvenzverfahren regelmäßig ein Eilverfahren ist (BGH, Beschl. v. 18.12.2014, Az.: IX ZB 34/14), können nur **kurze Fristen** gesetzt und nur in außergewöhnlichen Fällen verlängert werden. Werden die Auskünfte zunächst nur unvollständig oder lückenhaft erteilt, können oft nur noch sehr kurze Fristen zur Ergänzung gesetzt werden. Daher füllen Sie die Formulare unbedingt sorgfältig vollständig und richtig aus, um kurzfristige Rückfragen zu vermeiden. Beachten Sie auch, dass Sie die Vollständigkeit und Richtigkeit Ihrer Angaben versichern müssen. Wenn Sie nachträglich etwas ändern oder ergänzen, müssen Sie daher zumeist alle Formulare noch einmal vorlegen.

Das richtige und vollständige Ausfüllen mag teilweise kompliziert erscheinen. Dies ändert jedoch nichts daran, dass Sie zur vollständigen und richtigen Auskunftserteilung verpflichtet sind. Unter Umständen müssen Sie sich Hilfe und Unterstützung suchen. Bedenken Sie aber, dass z. B. Ihr Steuerberater nur das weiß, was Sie ihm mitgeteilt oder an Unterlagen gegeben haben. Für korrekte Angaben sind allein Sie verantwortlich. Unvollständige oder unrichtige Angaben können nämlich in jedem Fall nachteilige Folgen für Sie haben.

Das Verheimlichen oder Beiseiteschaffen von Vermögensgegenständen oder das Vortäuschen von Rechten anderer oder das Anerkennen erdichteter Rechte ist strafbar nach §§ 283, 14 StGB.

Das Gericht kann Sie auffordern, an Eides Statt zu versichern, dass Ihre Angaben vollständig und richtig sind. In diesem Fall wären unrichtige oder unvollständige Angaben sogar bei leichter Fahrlässigkeit strafbar, also bereits wenn Sie die erforderliche Sorgfalt nur geringfügig außer Acht gelassen hätten.

Wenn Sie keinen ausreichenden Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft haben, müssen Sie sich diese umgehend verschaffen. Beachten Sie, dass Sie sich insoweit nicht darauf berufen können, dass Sie die Buchführung vernachlässigt haben. Sie sind nämlich gesetzlich zur Buchführung verpflichtet (Ausnahmen unter bestimmten Umständen bei GbR und Verein). In diesem Fall machten Sie sich sogar ggfs. strafbar, wenn Sie die Buchführungspflicht vorsätzlich oder auch nur fahrlässig verletzten (§ 283b StGB). – Auf strafbares Verhalten kann man sich selbstverständlich nicht berufen, um sich zu entschuldigen...

Beachten Sie, dass alle Unterlagen an den dafür vorgesehenen Stellen von allen Insolvenzantragstellern eigenhändig unterschrieben werden müssen. Eine Übersendung als signiertes elektronisches Dokument ist nur zulässig, wenn die Signatur vom Unterzeichner stammt (nicht etwa von einem Verfahrensbevollmächtigten). **Eine Übersendung per E-Mail (auch als Anhang) ist nicht zulässig.**

INSOLVENZANTRAGSPFLICHT (§ 15a InsO): Wird eine juristische Person (z. B. GmbH, UG [haftungsbeschränkt], AG) zahlungsunfähig oder überschuldet, haben alle Mitglieder des Vertretungsorgans (z. B. Geschäftsführer) oder alle Abwickler (z. B. Liquidator) unverzüglich Insolvenzantrag zu stellen. Gleiches gilt für andere Gesellschaften, soweit kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist (z. B. GmbH & Co. KG); in diesem Fall trifft die Insolvenzantragspflicht alle Mitglieder des Vertretungsorgans bzw. alle Abwickler der vertretenden Gesellschaft(en). Ein Verstoß gegen diese Insolvenzantragspflicht führt zur persönlichen Strafbarkeit (und ggfs. Haftung mit dem Privatvermögen) der insolvenzantragsverpflichteten Personen (z. B. Geschäftsführer), und zwar nicht nur bei Vorsatz, sondern auch bei Fahrlässigkeit.

Die Insolvenzantragspflicht ist erst dann erfüllt, wenn der gestellte Insolvenzantrag *zulässig* ist, d. h. alle hierzu erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind; der Eingang des bloßen „Antrags“ ist dafür ohne jeden Belang.

Jede insolvenzantragsverpflichtete Person muss den Antrag selbst (oder gemeinsam mit den anderen) stellen. Ob bereits ein anderer einen Antrag gestellt hat, ist ohne Bedeutung und entbindet nicht von der Pflicht, selbst Insolvenzantrag zu stellen.

Das Formular „*Glaubhaftmachung des Insolvenzgrunds*“ brauchen Sie allerdings nur dann zu verwenden, wenn Sie nicht das einzige Vertretungsorgan (z. B. Geschäftsführer) der Gesellschaft sind und nicht alle Mitglieder des Vertretungsorgans (z. B. Vorstand, Geschäftsführung) den Antrag gemeinsam stellen.

Das Amtsgericht Regensburg respektiert alle Geschlechtsidentitäten. Soweit in den Formularen generisch nur ein Geschlecht verwendet wird, dient dies der besseren Lesbarkeit und bezieht alle anderen Geschlechter mit ein.

<p>Antrag auf Eröffnung des Insolvenzver- fahrens</p> <p>Regelinsolvenz (§ 13 InsO)</p> <p>jur. Person</p>	Name der Gesellschaft (Firma) mit kompletten Rechtsformzusatz	
	Name, Vorname des Auskunftserteilenden	Anrede: ☐ Frau ☐ Herr
	Stellung in der Gesellschaft (z.B. Geschäftsführer)	
	Straße und Hausnummer	
	Postleitzahl und Ort	
	falls von der genannten Anschrift abweichend: regelmäßiger Aufenthalt (wochentags):	
	Telefonische Erreichbarkeit (tagsüber):	Telefax:
	Mobiltelefon:	E-Mail:
Verfahrensbevollmächtigte/r		

An das
Amtsgericht Insolvenzgericht
Regensburg
Augustenstraße 3, 93049 Regensburg

<p>I. Eröffnungsantrag</p>	<p>Ich stelle den Antrag, das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Gesellschaft/des Vereins zu eröffnen.</p> <p>Es besteht der Insolvenzgrund der:</p> <p>☐ Zahlungsunfähigkeit ☐ drohenden Zahlungsunfähigkeit ☐ Überschuldung</p>
-----------------------------------	--

<p>II. Antragsbefugnis</p>	<p>Ich/wir stelle(n) den Antrag als:</p> <p>☐ Geschäftsführer/Vorstand der Gesellschaft (z. B. GmbH, AG, UG [haftungsbeschränkt]) ☐ persönlich haftende(r) Gesellschafter (z. B. GbR, OHG, KG) ☐ Geschäftsführer der Komplementär-Gesellschaft (z. B. GmbH & Co. KG) ☐ Vorstand des Vereins.</p> <p>☐ Ich bin/wir sind Gesellschafter/Mitglieder des Aufsichtsrats. Die Gesellschaft ist führunglos, d. h. es existiert kein Vertretungsorgan mehr. (Achtung, der Antrag ist in diesem Fall erst dann zulässig, wenn die Führungslosigkeit <i>glaubhaft gemacht</i> wird. Eine „glaubhafte Darlegung“ allein genügt nicht. Sicherungsmaßnahmen können erst eingeleitet werden, wenn der Antrag zulässig ist. – Wenn das Vertretungsorgan bloß nicht erreichbar ist oder sich weigert, Insolvenzantrag zu stellen, können andere Personen <i>nicht</i> Insolvenzantrag stellen. Wird der Insolvenzantrag bei Führungslosigkeit nicht von allen Gesellschaftern/Aufsichtsräten gestellt, muss auch der Insolvenzgrund glaubhaft gemacht werden.)</p> <p>☐ Ich bin das einzige Organ (z. B. Geschäftsführer) der Gesellschaft. ☐ Dieser Antrag wird gemeinsam von allen Mitgliedern des Vertretungsorgans (z. B. Geschäftsführung) der Gesellschaft gestellt. Alle haben unterschrieben.</p> <p>☐ Es sind weitere Personen als Organ (z.B. Geschäftsführer) bestellt, die diesen Antrag nicht mit unterzeichnet haben. Anlage 4 (Glaubhaftmachung) ist beigelegt. (Achtung, der Antrag ist in diesem Fall nur zulässig, wenn der Insolvenzgrund glaubhaft gemacht wird. Eine „glaubhafte Darlegung“ allein genügt nicht. Sicherungsmaßnahmen können erst eingeleitet werden, wenn der Antrag zulässig ist.)</p>
-----------------------------------	--

<p>III. Auskunfts- und Mitwirkungspflichten §§ 97, 101, 20 InsO</p> <p>Entbindung von Verschwiegenheits- Pflichten</p>	<p>Ich weiß, dass ich als Organ der Schuldnerin gesetzlich verpflichtet bin, dem Insolvenzgericht über alle das Verfahren betreffenden Verhältnisse vollständig und wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen.</p> <p>Ich weiß, dass ich auch alle nachträglich eintretenden Änderungen ungefragt mitteilen muss, wenn sie für das Insolvenzverfahren von Bedeutung sein könnten.</p> <p>Ich weiß, dass das gesamte Vermögen der Gesellschaft und alles, was diese während des Insolvenzverfahrens erlangt, zur Insolvenzmasse gehört. Es ist dem Insolvenzverwalter ungefragt zu offenbaren und abzuliefern.</p> <p>Ich weiß, dass ich mich <i>jederzeit</i> zur Erteilung von Auskünften und Erfüllung meiner Mitwirkungspflichten zur Verfügung stellen muss (§§ 97 Abs. 3, 101, 20 InsO). Ein Verstoß hiergegen kann zu erheblichen Nachteilen bis hin zu Zwangsmaßnahmen führen. Wenn ich mich zeitweilig nicht an meinem Wohnort aufhalte (z. B. auf Montage, Auslandsaufenthalt, Kur...), informiere ich Gericht/Insolvenzverwalter und stelle sicher, dass mich alle Schreiben zeitnah erreichen und ich umgehend darauf reagieren kann.</p> <p>Können erforderliche Auskünfte durch Dritte, insbesondere durch Banken und Sparkassen, sonstige Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Sozial- und Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer erteilt werden, so obliegt es mir, auf Verlangen des Gerichts alle Personen und Stellen, die Auskunft über die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft geben können, von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit zu befreien.</p> <p>☐ Ich befreie alle Personen und Stellen, die aufgrund ihrer amtlichen und beruflichen Stellung Auskunft über die Vermögensverhältnisse der Gesellschaft geben können (insbes. Kreditinstitute, Versicherungen, Sozial- und Finanzbehörden, Rechtsanwälte, Steuerberater) von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit gegenüber dem Insolvenzgericht und einer/m von diesem bestellten Insolvenzsachverständigen oder vorläufigen Insolvenzverwalter/in.</p>
---	--

<p>IV. Kernangaben zu § 22a InsO</p>	1. Geschäftsbetrieb		
	Ist der Geschäftsbetrieb bereits ein- gestellt ?	☐ Ja (in diesem Falle sind die folgenden drei Fragen nicht zu beantworten)	☐ Nein
	2. Nur falls der Geschäftsbetrieb noch nicht eingestellt ist:		
	a. Beträgt die Bilanzsumme des vorangegangenen Geschäftsjahres mindestens 6 Millionen Euro?	☐ Ja Betrag:	☐ Nein
	b. Betragen die Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschluss- stichtag mindestens 12 Millionen Euro?	☐ Ja Betrag:	☐ Nein
c. Hatten Sie im vorangegangenen Geschäftsjahr im Jahresdurchschnitt mehr als 49 Arbeitnehmer ?	☐ Ja Anzahl: Arbeitnehmer	☐ Nein	

<p>V. Hinweis bei Eilbedürf- tigkeit</p>	<p>Falls eine besondere Eilbedürftigkeit bestehen sollte und sofortige Maßnahmen wie etwa die Einsetzung eines vorläufigen Insolvenzverwalters für erforderlich gehalten werden, so ist das Gericht diesbezüglich aufmerksam zu machen und hierauf unbedingt gesondert hinzuweisen.</p> <p>Heften Sie in diesem Fall unbedingt das Hinweisblatt auf Eilbedarf vor diesen Antrag und füllen sie es sorgfältig und vollständig aus.</p> <p>Eilbedarf ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ohne sofortige Maßnahmen negative Auswirkungen für die Insolvenzmasse oder die Fortführungsaussichten des Betriebs zu befürchten wären (z.B. ausstehende oder unmittelbar bevorstehende Lohnzahlung, unmittelbar bevorstehende Vollstreckungen, Lieferstopp von Zulieferern etc.).</p>
---	--

VI. Versicherungen	<p>Ich versichere, dass ich die Auskünfte in diesem Formular und allen zugehörigen Anlagen nach bestem Wissen und Gewissen vollständig und richtig gemacht habe.</p> <p>Dies setzt voraus, dass alle Angaben sorgfältig geprüft wurden, damit keine Gläubiger und keine Vermögensgegenstände vergessen wurden.</p> <p>Meine Auskunfts- und Mitwirkungspflichten (s. oben unter III.) sind mir bekannt.</p> <p>Ich weiß, dass <i>alle</i> Vermögensgegenstände anzugeben sind, ungeachtet dessen, ob sie meiner Meinung nach zur Insolvenzmasse gehören oder nicht. Auch Vermögensgegenstände, die sich im Ausland oder bei anderen Personen befinden, müssen angegeben werden.</p> <p>Das Verheimlichen oder Beiseiteschaffen von Vermögensgegenständen oder das Vortäuschen von Rechten anderer oder das Anerkennen erdichteter Rechte ist strafbar nach §§ 283, 14 StGB.</p>
-------------------------------	--

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

(Name in Druckbuchstaben)

Weitere(r) (Mit-)Antragsteller(in):

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

(Name in Druckbuchstaben)

Weitere(r) (Mit-)Antragsteller(in):

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

(Name in Druckbuchstaben)

Weitere(r) (Mit-)Antragsteller(innen) hat/haben auf der Rückseite unterzeichnet.

Hinweise:

Mit diesem Formular *allein* ist der Insolvenzantrag noch *nicht* zulässig und das Insolvenzgericht kann – selbst bei offensichtlichem Eilbedarf – noch nicht tätig werden.

Von Gesetzes wegen muss zwingend auch das **Gläubiger- und Forderungsverzeichnis** mit *eigenhändiger* Versicherung der Vollständigkeit und Richtigkeit vorgelegt werden. Die Ankündigung, es nachzureichen oder später (etwa durch eine Kreditorenliste aus der Buchhaltung) zu ergänzen, ist unbehelflich.

Außerdem müssen die wesentlichen Merkmale des Eröffnungsgrundes (Zahlungsunfähigkeit oder drohende Zahlungsunfähigkeit bzw. Überschuldung) *dargetan* werden. Hierzu genügt es *nicht*, diesen Eröffnungsgrund lediglich im Formular anzukreuzen. (Regelmäßig kann der Eröffnungsgrund dargetan werden durch Vorlage der **Anlagen „laufendes Einkommen“ und „Vermögensverzeichnis“**.)

Wenn der Antrag *nicht* von allen Mitgliedern des Vertretungsorgans gestellt wird, ist er *nur* zulässig, wenn der Insolvenzgrund nicht nur dargetan, sondern auch *glaubhaft* gemacht wird (i. S. v. § 294 ZPO i. V. m. § 4 InsO).

Anlage 1

Stammblatt – Juristische Personen/Gesellschaften/Verein

Rechtsform:	☐ GmbH ☐ in der Form der UG (haftungsbeschränkt) ☐ Aktiengesellschaft ☐ Verein ☐ Gesellschaft bürgerlichen Rechts ☐ Offene Handelsgesellschaft ☐ Limited nach dem Recht von	☐ GmbH & Co. KG <i>(Beachten Sie, dass in diesem Falle regelmäßig auch ein Insolvenzantrag für die Komplementär-GmbH erforderlich sein wird.)</i> ☐
Firma/Bezeichnung		
Handelsregister	☐ nicht eingetragen ☐ eingetragen beim Amtsgericht unter	

Gesetzlicher Vertreter ☐ Geschäftsführer ☐ Persönlich haftender Gesellschafter ☐ Vorstand ☐ Vorsitzender	1. Name	Straße, Hausnummer
	Ort/PLZ:	Telefon:
	2. Name	Straße, Hausnummer
	Ort/PLZ:	Telefon:
	3. Name	Straße, Hausnummer
	Ort/PLZ:	Telefon:

Namen aller Gesellschafter	Adresse	persönlich haftend	Kommanditist	Höhe der Anteile/Einlagen
1		☐	☐	
2		☐	☐	
3		☐	☐	
4		☐	☐	
5		☐	☐	
6		☐	☐	

aufgrund der Vielzahl der Gesellschafter füge ich eine separate Liste bei

Gesellschafter, die im vergangenen Jahr ausgeschieden sind	Adresse	persönlich haftend	Kommanditist	Höhe der Anteile/Einlagen
a		☐	☐	
b		☐	☐	
c		☐	☐	

aufgrund der Vielzahl der Gesellschafter füge ich eine separate Liste bei

Stamm-/Grundkapital/Hafteinlage (nur bei GmbH, AG, KG)	EUR		
Vollständig einbezahlt?	☐ Ja ☐ Nein Es stehen noch folgenden Einlagen der folgenden Gesellschafter aus: Gesellschafter Nr. i.H.v. Gesellschafter Nr. i.H.v. Gesellschafter Nr. i.H.v.		
Zurückgezahlt (ganz/teilweise)?	☐ Nein ☐ Ja Es wurden Einlagen der folgenden Gesellschafter in genannter Höhe zurückgewährt: Gesellschafter Nr. i.H.v. Gesellschafter Nr. i.H.v.		
Wurden Gesellschafterdarlehen im letzten Jahr vor Insolvenzantrag ganz oder teilweise zurückgezahlt?	☐ Nein ☐ Ja, an Gesellschafter Nr.	am (Datum)	In Höhe von (EUR)

Anlage 2 (1)**Unternehmerische Tätigkeit (juristische Person)****Angaben zum Unternehmen**

Firma			
Geschäftsgegenstand			
Geschäftsbetrieb	☐ Betrieb läuft – ☐ aber Schließung geplant für ☐ Es sind Aufträge vorhanden. ☐ Betrieb vorübergehend eingestellt seit ☐ Betrieb dauerhaft eingestellt seit		
tatsächliche Geschäftsleitung	Der Geschäftsbetrieb wird/wurde tatsächlich maßgeblich geleitet von		
	☐ d. insolvenzantragstellende(n) Person(en) ☐ von folgender Person:		
	Name, Vorname:	Telefon:	
	Straße, Hausnummer:	PLZ/Ort:	

Eintragung ins Handelsregister	☐ Ja, Amtsgericht	Registernummer:	☐ Nein
Mitgliedschaft IHK	☐ Ja, Sitz der Kammer:		☐ Nein
Eintragung Handwerksrolle	☐ Ja, Sitz der Kammer:		☐ Nein
Aufnahme des Betriebs	Datum oder Jahr:		
Erlaubnisse/Konzessionen	Erforderlich: ☐ ja / ☐ nein; (noch) vorhanden: ☐ ja / ☐ nein		☐ Nein
Gewerbe angemeldet:	☐ Ja. Gemeinde:	Jahr der Anmeldung:	☐ Nein
Gewerbe abgemeldet:	☐ Ja. Datum der Abmeldung		☐ Nein
Berufsgenossenschaft			☐ Keine
Sonstiges:			

Geschäftsräume**Hauptsitz/Zentrale**

☐ bereits Aufgelöst	Straße, Hausnummer:		Adresszusatz:	
	PLZ/Ort:		Telefon:	
Die Räume sind ☐ Eigentum ☐ angemietet ☐ gepachtet ☐ unentgeltlich überlassen von ☐ gekündigt zum: ☐ nicht gekündigt				
Falls gemietet/gepachtet: Vermieter	Name		Straße, Hausnummer	
	Ort/PLZ:		Telefon:	
Miete/Pacht	Monatliche Miete/Pacht:	Betriebskosten:	Rückstände: ☐ keine	Vermieterpfandrecht geltend gemacht ☐ nein / ☐ ja an

Außen-/Zweigstelle

☐ bereits Aufgelöst	Straße, Hausnummer:		Adresszusatz:	
	PLZ/Ort:		Telefon:	
Die Räume sind ☐ Eigentum ☐ angemietet ☐ gepachtet ☐ unentgeltlich überlassen von ☐ gekündigt zum: ☐ nicht gekündigt				
Falls gemietet/gepachtet: Vermieter	Name		Straße, Hausnummer	
	Ort/PLZ:		Telefon:	
Miete/Pacht	Monatliche Miete/Pacht:	Betriebskosten:	Rückstände: ☐ keine	Vermieterpfandrecht geltend gemacht ☐ nein / ☐ ja an

Es gibt weitere Geschäftsräume (z. B. Filialen, Lager, Werkstätten, Garagen etc.) ⇒ bitte auf gesondertem Blatt auflisten

Beschäftigte			
Gesamtanzahl der Beschäftigten		davon mithelfende Gesellschafter/Familienangehörige ohne Arbeitsverhältnis:	
Arbeitnehmer	Anzahl:		
☐ Alle Arbeitsverhältnisse sind bereits beendet und abgewickelt oder es hat nie welche gegeben. ⇒ weitere Angaben hier nicht erforderlich			
Anzahl Vollzeitkräfte	ungekündigt:		gekündigt zum _____ :
Anzahl Teilzeitkräfte	ungekündigt:		gekündigt zum _____ :
davon geringfügig Beschäftigte	ungekündigt:		gekündigt zum _____ :
Auszubildende	ungekündigt:		gekündigt zum _____ :
Gibt es Arbeitnehmer, die aufgrund spezieller Kenntnisse/Fertigkeiten für die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs unersetzlich sind? ☐ nein ☐ nicht mehr, denn Geschäftsbetrieb ist/wird eingestellt ☐ ja: Anzahl: _____ davon gekündigt: _____ Lohnrückstände für diese ANehmer: _____ €			

Löhne und Gehälter			
monatliche Brutto-Lohnsumme	ca.		nächste Lohnfälligkeit am: _____
Lohnrückstände	☐ nein ☐ ja	seit _____	in Höhe von ca.: _____
Lohnbuchhaltung	☐ intern im Betrieb ☐ extern durch: _____		Stand der Lohnbuchhaltung: ☐ aktuell ☐ _____

Krankenkassen der Arbeitnehmer			
Name/Bezeichnung	Anschrift	es bestehen Rückstände iHv.ca.	keine Rückstände
			☐

Buchhaltung			
Geschäfts- und Buchführungsunterlagen befinden sich	☐ in den Geschäftsräumen (Hauptsitz/Zentrale) ☐ bei d. Geschäftsführer(in) _____ ☐ bei Steuerberater(in) s.u. ☐ bei der nachfolgenden Person:		
	Name	Straße, Hausnummer	
	Ort/PLZ:	Telefon:	
Stand der Buchhaltung:	(weitgehend) vollständig und ordnungsgemäß	bis	Datum ☐ aktuell
	nur in Grundzügen mit größeren Lücken	seit	Datum ☐ seit jeher
	keinerlei geordnete Buchführung	seit	Datum ☐ seit jeher
<i>Hinweis: Eine unvollständige Buchhaltung entbindet den Schuldner nicht von der Verpflichtung, sich sorgfältig einen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse zu verschaffen (auch wenn dies aufwändig ist), denn die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben im Vermögensverzeichnis und im Gläubiger- und Forderungsverzeichnis muss ausdrücklich versichert werden.</i>			
Jahresabschlüsse/Bilanzen:	☐ nein (lediglich Einnahmen-Überschuss-Rechnung) zuletzt erstellt zum _____ ⇒ bitte beifügen ☐ ☐ ja (Jahresabschluss/Bilanz) zuletzt erstellt zum _____ ⇒ bitte beifügen ☐ letzter beim Bundesanzeiger eingereichter Jahresabschluss: _____		
	Die Unterlagen sind aufbewahrt ☐ bei den Buchführungsunterlagen (s. oben) ☐ anderswo, nämlich: _____		
Steuerberater(in)	Name	Straße, Hausnummer	
	Ort/PLZ:	Telefon:	
Finanzamt	Finanzamt	Steuernummer: _____	
	Finanzamt	Steuernummer: _____	für Steuerart: _____

Anlage 3 (1)

Gläubiger- und Forderungsverzeichnis (Verzeichnis der Gläubiger und der gegen die Gesellschaft gerichteten Forderungen, § 13 Abs. 1 S. 3 InsO)

Nr.	(vollständiger) Name des Gläubigers oder korrekte Firmenbezeichnung	zustellfähige Anschrift (kein Postfach/Bevollmächtigter)	genaue Höhe der Gesamtforderung in Euro	(aussagekräftiger) Forderungsgrund	Forderung noch nicht fällig? (z. B. bei Stundung/ Ratenvertrag)	Forderung tituliert	Sicherung des Gläubigers
Höchste Forderungen (ungesichert oder gesichert)							
1					☐ erst ab:	☐	
2					☐ erst ab:	☐	
Höchste gesicherte Forderungen							
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
Bestimmte Forderungen							
	Finanzverwaltung Finanzamt				☐ erst ab:	☐	
	Sozialversicherungsträger/Krankenkasse				☐ erst ab:	☐	
	Sozialversicherungsträger/Krankenkasse				☐ erst ab:	☐	
	aus betrieblicher Altersvorsorge				☐ erst ab:	☐	

Weitere Forderungen	☐ Weitere Gläubiger und Forderungen sind nicht vorhanden. ☐ Ich füge diesem Blatt insg. _____ Ergänzungsblätter „Anlage 3 (2)“ bei, auf welchen die weiteren gegen die Gesellschaft bestehenden Forderungen aufgeführt sind. ☐ Ich füge diesem Blatt einen Ausdruck der Kreditorenliste bei, auf welchen die weiteren gegen die Gesellschaft bestehenden Forderungen aufgeführt sind. <i>(Bitte darauf achten, dass die Liste die genauen Gläubigerbezeichnungen, Adressen und alle hier abgefragten Informationen enthält!)</i>
----------------------------	--

Gesamtsumme	Die Summe aller Forderungen der Gläubiger (inkl. Ergänzungsblätter/beigefügten Kreditorenliste) beträgt <i>(unbedingt angeben!)</i> :	<div style="border: 1px solid black; width: 100%; height: 20px; display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> € </div>
--------------------	---	--

Versicherung	Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben in diesem Gläubiger- und Forderungsverzeichnis (einschließlich beigefügter Ergänzungsblätter/Listen) versichere ich. Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können.
---------------------	--

(Ort, Datum)

(Unterschrift(en))

Anlage 3 (2) – Ergänzungsblatt

Gläubiger- und Forderungsverzeichnis

(Verzeichnis der Gläubiger und der *gegen den/die Schuldner/in* gerichteten Forderungen, § 13 Abs. 1 S. 3 InsO)

№	(vollständiger) Name des Gläubigers oder korrekte Firmenbezeichnung <i>(alphabetisch sortieren!)</i>	zustellfähige Anschrift (kein Postfach/Bevollmächtigter)	genaue Höhe der Ge- samtforderung in Euro	(aussagekräftiger) Forderungsgrund	Forderung noch nicht fällig? (z. B. bei Stundung/ Ratenvertrag)	Forderung tituliert	Sicherung des Gläubigers
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	
					☐ erst ab:	☐	

Anlage 4

Vermögensverzeichnis für juristische Personen (Verzeichnis des vorhandenen Vermögens und der Einkünfte)

I. Belehrungen und Hinweise

Sie müssen gemäß §§ 97, 101, 20 InsO dem Insolvenzgericht und dem Insolvenzverwalter über *alle* das Verfahren betreffende Verhältnisse Auskunft geben. Dies gilt auch bezüglich Einkommen und Vermögen, das nicht in einem der Formulare angesprochen wird. Wenn die Gesellschaft während des Insolvenzverfahrens weiteres Vermögen erwirbt oder Sie bemerken, dass Sie Vermögensgegenstände in diesen Verzeichnissen vergessen haben, müssen Sie dies dem Insolvenzverwalter *ungefragt* offenbaren.

Sie müssen *alle* Vermögensgegenstände und jegliches Einkommen angeben, ganz gleich ob pfändbar oder nicht, massenzugehörig oder nicht, im Inland oder im Ausland befindlich. Wenn eine andere Person Vermögensgegenstände der Gesellschaft erhalten hat, um sie (und sei es auch im eigenen Namen) treuhänderisch zu halten oder zu verwalten, müssen Sie dies angeben. Das Verheimlichen oder Beiseiteschaffen von Vermögensgegenständen ist strafbar nach §§ 283, 14 StGB.

Sie müssen von Gesetzes wegen sogar Tatsachen offenbaren, die geeignet sind, eine Verfolgung wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit herbeizuführen. Ihre diesbezüglichen Auskünfte dürfen in einem Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Sie oder einen Angehörigen allerdings nicht verwendet werden (soweit Sie nicht zustimmen).

II. Erklärung zum Vermögens- verzeichnis

Die Vermögensverhältnisse und Einkünfte der Gesellschaft habe ich in den anliegenden Ergänzungsblättern vollständig und richtig aufgelistet. Soweit ich Ergänzungsblätter nicht ausgefüllt oder nicht vorgelegt habe, waren darin keinerlei Angaben zu machen.

Ich lege folgende Ergänzungsblätter vor:

- A (Bargeld, Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehensforderungen)
- B (Hausrat, Mobiliar, Kautionen, Wertgegenstände und Fahrzeuge)
- C (Forderungen, Rechte aus Erbfällen)
- D (Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken)
- E (Beteiligungen, Aktien, Genussrechte)
- F (Immaterielle Vermögensgegenstände, sonstiges Vermögen)
- G (Einkünfte)
- H (Sicherungsrechte Dritter und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen)
- J (Regelmäßig wiederkehrende Verpflichtungen)
- K (Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen)
- L (Betriebliches Vermögen)

Die Gesellschaft hat noch weiteres Vermögen oder weitere Einkünfte, die ich in keinem der Ergänzungsblätter angegeben habe, nämlich:

III. Versicherung der Vollständigkeit und Richtigkeit

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Vermögensverzeichnis und den beigefügten Ergänzungsblättern enthaltenen Angaben versichere ich.

Ich versichere, dass ich in den nicht beigefügten oder nicht ausgefüllten Ergänzungsblättern keine Angaben zu machen habe.

Mir ist bekannt, dass vorsätzlich unrichtigen oder unvollständige Angaben strafbar sein können.

(Ort, Datum)

(Unterschrift(en))

Vermögensverzeichnis für juristische Personen – Ergänzungsblatt A

Bargeld, Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehnsforderungen etc.

1.	Bargeld <small>(auch geringfügige Beträge sind anzugeben)</small>	in EUR, sonst Währung angeben	
1.1	Die Gesellschaft verfügt über den nachfolgenden Betrag an Bargeld <i>(soweit nicht im Ergänzungsblatt L unter Kassenbestand aufgeführt):</i>		
2.	Konten <small>(auch Konten ohne Guthaben sind anzugeben!) (Bezeichnung der Kontonummern, genaue Bezeichnung der kontoführenden Stelle)</small>	Stichtag	Kontostand in EUR
2.1 2.1.1	Girokonten ☐ Zahlungen für die Gesellschaft gehen teilweise auf Konten Dritter (z. B. Geschäftsführer) ein. <i>(auf Zusatzblatt erläutern!)</i>		
2.2 2.2.1	Termin- oder Festgeldkonten		
2.3 2.3.1	Fremdwährungsgeldkonten		
2.4 2.4.1	Sparkonten, Sparverträge		
2.5 2.5.1	Raten- und Bausparverträge		
2.6 1.6.1	Sonstige Konten, z. B. auch PayPal, Prepaid-Kreditkarten, elektron. Zahlungsmittel etc.		
3.	Wertpapiere, Schuldbuchforderungen und sonstige Darlehnsforderungen <small>(genaue Bezeichnung: Name des Papiers, Typ, Serie, WKN, ggf. Name der Depotbank mit Depot-Nr., Fälligkeitsdatum, Name und Anschrift des Schuldners)</small>	Stichtag	Kurs- oder Verkehrswert in EUR
3.1 3.1.1	Investmentfondsanteile <i>(ggfs. Depot-Auszug beifügen)</i>		
3.2 3.2.1	Pfandbriefe, Sparbriefe und ähnliche festverzinsliche Wertpapiere, Obligationen		
3.3 3.3.1	Schuldbuchforderungen		
3.4 3.4.1	Wechselforderungen		
3.5 3.5.1	Scheckforderungen		
3.6 3.6.1	Forderungen aus Hypotheken oder Grundschulden		
3.7 3.7.1	Gesellschafterdarlehen		
3.8 3.8.1	Sonstige Forderungen aus Darlehen oder ähnlichen Geldanlagen		
3.9 3.9.1	Kryptowährungen (z.B. Bitcoin) o.ä.		
3.10 3.10.1	Gutscheine, Gutschriften, Geldwertkarten (z. B. PaysafeCard)		

Vermögensverzeichnis für juristische Personen – Ergänzungsblatt B

(Wert-)Gegenstände, Kautionen und Fahrzeuge

1.	Nicht den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft betreffende Gegenstände oder Wertgegenstände	Wert in EUR
1.1 1.1.1	Gegenstände, die nicht Büro-, Geschäftsausstattung, Laden- und Werkstatteinrichtung, Werkstätten- Wirtschafts- oder Fabrikeinrichtungen, Waren- und Erzeugnisse, Vorräte oder sonstiges spezifisches Betriebsvermögen gemäß Ergänzungsblatt L betreffen, oder Wertgegenstände	
1.2 1.2.1	Sonstige Wertgegenstände (wie z. B. wertvolle Bücher, Kunstobjekte, Antiquitäten, Musikinstrumente, Uhren, Schmuck, Sammlungen, Gegenstände aus Edelmetall, Edelsteine, Perlen, Goldmünzen, Haustiere, Weine/Spirituosen etc.)	
1.3 1.3.1	Bauten auf fremden Grundstücken (z. B. Gartenhaus, Verkaufsstände etc.)	

2.	Kaution	Betrag in EUR
2.1	Mietkaution hinterlegt:	Name und Anschrift des/der Vermieters/in
	weitere Mietkaution hinterlegt:	Name und Anschrift des/der Vermieters/in

3.	Kraftfahrzeuge <small>(Bitte Typ/Fabrikat, Kennzeichen, Baujahr, km-Leistung und Aufbewahrungsort des Fahrzeugbriefes angeben)</small>		Wert in EUR
3.1 3.1.1	PKW	☐ sicherungsübereignet ☐ geleast	
		☐ sicherungsübereignet ☐ geleast	
3.2 3.2.1	LKW	☐ sicherungsübereignet ☐ geleast	
		☐ sicherungsübereignet ☐ geleast	
3.3 3.3.1	Wohnwagen, Bauwagen, Anhänger u.ä.	☐ sicherungsübereignet ☐ geleast	
		☐ sicherungsübereignet ☐ geleast	
3.4 3.4.1	Motorräder, Mopeds u.ä.	☐ sicherungsübereignet ☐ geleast ☐ sicherungsübereignet ☐ geleast	
3.5 3.5.1	Land- und forstwirtschaftliche Maschinen, Arbeitsgeräte u.ä.	☐ sicherungsübereignet ☐ geleast	
		☐ sicherungsübereignet ☐ geleast	
		☐ sicherungsübereignet ☐ geleast	

Vermögensverzeichnis für juristische Personen – Ergänzungsblatt C

Forderungen (z. B. aus Versicherungsverträgen), Rechte aus Erbfällen

1.	Forderungen	Wert in EUR
1.1	Forderungen aus Versicherungsverträgen <i>(Name und Anschrift der Versicherungsgesellschaft oder Kasse und Vertragsnummer, Versicherungsleistung bzw. Beitragserstattung, ggfs. Rückkaufwert, Name des Begünstigten)</i>	
	Kapital-Lebensversicherungsverträge	
	private Rentenversicherungen	
	sonstige Versicherungen (z.B. Ansprüche aus Haftpflichtversicherung, sonstige verwertbare Versicherung)	
1.2	Rückständige Miet- oder Pachtansprüche (Gesellschaft ist Vermieterin/Verpächterin)	
1.2.1	<i>Miet-/Pachtobjekt; Name/Firma, vollständige Anschrift des Mieters/Pächters,</i>	
1.3	Steuererstattungsansprüche	
	Finanzamt	
	Steuernummer	Die Steuererklärung wurde zuletzt abgegeben für das Kalenderjahr
1.4	Sonstige Zahlungsansprüche, z. B. aus Schadensfällen oder aus noch nicht erfüllten Verträgen (Nicht: betriebliche Außenstände)	
1.4.1	<i>Name / Firma, vollständige Anschrift des Schuldners Art des Zahlungsanspruchs (genaue Bezeichnung des Rechtsgrunds; ggf. Angaben zur Einbringlichkeit der Forderung)</i>	
1.5	Forderungen/Außenstände aus dem betrieblichen Tätigkeit sind in Ergänzungsblatt L einzutragen	s. Ergänzungsblatt L

Vermögensverzeichnis für juristische Personen – Ergänzungsblatt D

Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken

1. Genaue Bezeichnung des Grundvermögens (evtl. gesonderte Aufstellung oder Grundbuchauszüge beifügen)				
lfd. Nr.	Lage des Objektes (Straße, Ort), Nutzungsart	Grundbuchbezeichnung (Amtsgericht, Grundbuchbezirk, Band, Blatt)	Eigen-tums-anteil	Verkehrswert in EUR (ca.)
1.1 1.1.1	Eigentum an Grundstücken oder Eigentumswohnungen			
1.2 1.2.1	Erbbaurechte			
1.3 1.3.1	Grunddienstbarkeiten, Nießbrauchsrechte			
1.4 1.4.1	Sonstige im Grundbuch eingetragene Rechte			

2. Belastungen dieses Grundvermögens (evtl. gesonderte Aufstellung oder Grundbuchauszüge beifügen)				
lfd. Nr. zu 1.	Art der Belastung	Grundbuch-eintragung in a) Abteilung b) lfd. Nr.	Name des Gläubigers	Wert der derzeitigen Belastung in EUR

3. Ist die Zwangsversteigerung oder -verwaltung dieses Grundstückes angeordnet?				
lfd. Nr. zu 1.	Zwangs-versteigerung	Zwangs-verwaltung	Zuständiges Amtsgericht (mit Geschäftszeichen)	
	☐	☐		
	☐	☐		
	☐	☐		
	☐	☐		

Vermögensverzeichnis für juristische Personen – Ergänzungsblatt E

Beteiligungen (Aktien, Genussrechte, sonstige Beteiligungen)

1. Aktien, Genussrechte und sonstige Beteiligungen an Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, KGaA) <i>– evtl. gesonderte Aufstellung oder Depotauszug beifügen –</i>				
Ifd. Nr.	a) Beteiligungsform b) Name und Anschrift der Gesellschaft c) WKN, Depot-Nr. und -bank bzw. Registergericht mit HRB-Nr.	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Kurs- bzw. Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
1.1				
2. Beteiligung an Personengesellschaften (OHG, KG, Partnerschaftsgesellschaft, Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, EWIV u.ä.) <i>– evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –</i>				
Ifd. Nr.	a) Name und Anschrift der Gesellschaft b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts unter HRA-Nr. c) Beteiligungsform	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
2.1				
3. Beteiligungsform als stiller Gesellschafter <i>– evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –</i>				
Ifd. Nr.	a) Name und Anschrift des Unternehmens b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts c) unter HRA/HRB-Nr.	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
3.1				
4. Beteiligungen an Genossenschaften <i>(auch Anteile von Genossenschaftsbanken, Spar- und Darlehnskassen)</i> <i>– evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –</i>				
Ifd. Nr.	a) Name und Anschrift der Genossenschaft b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts c) unter Nr.		Geschäftsguthaben in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
4.1				

Vermögensverzeichnis für juristische Personen – Ergänzungsblatt F**Immaterielle Vermögensgegenstände und sonstiges Vermögen**

1. Immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Urheber-, Marken-, Patent-, Verlags- oder ähnliche Rechte)		
lfd. Nr.	Genau Bezeichnung und – soweit registriert – Angabe der Registerbehörde (z. B. Deutsches Patentamt), des Geschäftszeichens der Registerbehörde; Angaben über Nutzungsverträge u.ä.	Wert in EUR
1.1		

2. Sonstiges Vermögen		
lfd. Nr.		Wert in EUR
2.1		

Vermögensverzeichnis für juristische Personen – Ergänzungsblatt G

Einkünfte

I. Einkünfte aus Geschäftstätigkeit der Gesellschaft

Geschäftstätigkeit	Gegenstand der Tätigkeit	☐ Eine werbende Geschäftstätigkeit wird nicht mehr ausgeübt.
	durchschnittlicher Umsatz (monatlich)	durchschnittlicher Überschuss/Verlust (monatlich)
☐ Einnahmen/Ausgabenübersicht der letzten drei Monate liegt bei. ☐ Einnahmen/Ausgabenübersicht der letzten drei Monate liegt <i>nicht</i> bei, weil ____		

II. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

☐ Nein	☐ Ja <i>(auch unregelmäßige Vermietung, z. B. Ferienwohnung, Airbnb...)</i> <i>Bezeichnung des Miet- oder Pachtobjekts; Name und Anschrift der Mieter oder Pächter</i>	monatlich	jährlich	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Einkünfte in EUR
		☐	☐		
		☐	☐		
		☐	☐		

III. Zinseinkünfte und sonstige laufende Einkünfte (z. B. Lizenzannahmen, Tantiemen, Einspeisevergütung etc.)

☐ Nein	☐ Ja <i>genaue Bezeichnung der Einkunftsart; Name und Anschrift der zahlungspflichtigen Person oder Stelle</i>	monatlich	jährlich	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Einkünfte in EUR
		☐	☐		
		☐	☐		
		☐	☐		
		☐	☐		

IV. Erwartete Zahlungseingänge

In den kommenden drei Wochen ist mit folgenden Zahlungseingängen mit relativer Sicherheit zu rechnen: *(ggfs. Beiblatt benutzen)*

Summe	Herkunft (Schuldner)	Grund	Eingang bis (Datum)

Vermögensverzeichnis für juristische Personen – Ergänzungsblatt H

Sicherungsrechte Dritter und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen

1. Eigentumsvorbehalte, Sicherungsübereignungen			
lfd. Nr.	Gegenstand	Datum des Vertrags	Name und Anschrift des Verkäufers bzw. Sicherungsnehmers
1.1			

2. Sicherungsabtretungen					
lfd. Nr.	Abgetretene Forderung	Abtretung ist offen gelegt	pfändbarer Teil wird abgeführt	Datum der Abtretung	Name und Anschrift des Sicherungsabtretungsgläubigers
2.1		☐	☐		
		☐	☐		
		☐	☐		

3. Freiwillige Verpfändungen			
lfd. Nr.	Verpfändeter Gegenstand bzw. verpfändete Forderung	Datum der Verpfändung	Name und Anschrift des Pfandgläubigers
3.1			

4. Zwangsvollstreckungen und Pfändungen					
lfd. Nr.	Gegenstand (z. B. Konto...) der Zwangsvollstreckung / Pfändung	Gerichtsvollzieher und DR-Nr. des Pfändungsprotokolls bzw. Gericht und Aktenzeichen des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	Datum der Maßnahme	Name des Gläubigers (und Nr. gemäß Gläubiger- und Forderungsverzeichnis)	Restschuld (ca.) in EUR
4.1					

5. Möglicherweise anfechtbare Rechtshandlungen		
	Es wurden Altforderungen erfüllt oder Leistungen zur Abwendung drohender Zwangsvollstreckung erbracht,	Betrag in EUR
5.1	im letzten Monat vor dem Insolvenzantrag	☐ nein / ☐ ja, in Höhe von ca.
5.2	im zweiten und dritten Monat vor dem Insolvenzantrag	☐ nein / ☐ ja, in Höhe von ca.

Vermögensverzeichnis für juristische Personen – Ergänzungsblatt K

Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen

1.	Unentgeltliche Veräußerung von Vermögensgegenständen (Schenkungen)			
	Die Gesellschaft hat in den letzten 4 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens folgende Geldbeträge, Forderungen oder Gegenstände verschenkt (<i>gebräuchliche Gelegenheitsgeschenke von geringem Wert sind nicht anzugeben, wohl aber regelmäßige Zuwendungen gleich welcher Höhe</i>):			☐ ja ☐ nein
Ifd. Nr.	Name und Anschrift des Empfängers	Datum	Gegenstand	Wert in EUR
1.1				

2.	Entgeltliche Veräußerung von Vermögensgegenständen an nahestehende Personen			
	Die Gesellschaft hat in den letzten 2 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens folgender nahestehenden Person folgende Vermögensgegenstände (auch Forderungen) entgeltlich veräußert:			☐ ja ☐ nein
Ifd. Nr.	Name der nahestehenden Person (§ 138 InsO)	Datum	Gegenstand	Wert in EUR
2.1	☐ Mitglieder des Vertretungs- oder Aufsichtsorgans <i>(z. B. Geschäftsführer, Vorstände, Aufsichtsräte)</i>			
2.2	☐ persönlich haftende Gesellschafter oder Personen, die zu mehr als 25 % am Kapital der Schuldnerin beteiligt sind			
2.3	☐ Personen oder Gesellschaften, die auf Grund einer mit den Personen unter 2.1 und 2.2 vergleichbaren gesellschaftsrechtlichen oder dienstvertraglichen Verbindung zur Schuldnerin die Möglichkeit haben, sich über deren wirtschaftliche Verhältnisse zu unterrichten.			
2.4	☐ Angehörige i. S. v. § 138 Abs. 1 InsO (z. B. Ehepartner, Kinder, Enkel – auch des Partners etc.) der unter 2.1 bis 2.3 genannten Personen			
2.5	☐ Personen i. S. v. § 138 Abs. 1 InsO, die in häuslicher Gemeinschaft mit einer der unter 2.1 bis 2.3 bezeichneten Personen leben oder gelebt haben (§ 138 Abs. 1 Nr. 3)			
2.6	☐ Sonstige nahestehende Personen:			

Vermögensverzeichnis für juristische Personen – Ergänzungsblatt L

spezifisches Betriebsvermögen und Außenstände

Vermögen

hier nicht abgefragte Vermögensgegenstände des Betriebsvermögens (z. B. Kfz, Patente, Schadensersatzansprüche, Mieteinnahmen etc.) sind auf den anderen Ergänzungsblättern anzugeben		Sicherungsrechte	geschätzter (Verkaufs-)Wert, ohne Abschreibungen, nicht Bilanzwert
1. Büro-, Geschäftsausstattung und Ladeneinrichtung	☐ Nein	☐ Ja – und zwar ☐ vgl. beiliegende Aufstellung*	☐ sicherungsübereignet ☐ verpfändet ☐ Vermieterpfandrecht ☐ geleast ☐ Fremdeigentum
2. Werkstätten- Wirtschafts- oder Fabrikeinrichtungen	☐ Nein	☐ Ja – und zwar ☐ vgl. beiliegende Aufstellung*	☐ sicherungsübereignet ☐ verpfändet ☐ Vermieterpfandrecht ☐ geleast ☐ Fremdeigentum
3. Waren- und Erzeugnisse, Vorräte	☐ Nein	☐ Ja – und zwar ☐ vgl. beiliegende Aufstellung*	☐ sicherungsübereignet ☐ verpfändet ☐ Vermieterpfandrecht ☐ geleast ☐ Fremdeigentum
4. sonstiges spezifisches Betriebsvermögen	☐ Nein	☐ Ja – und zwar ☐ vgl. beiliegende Aufstellung*	☐ sicherungsübereignet ☐ verpfändet ☐ Vermieterpfandrecht ☐ geleast ☐ Fremdeigentum
* Falls Unterlagen aus der Buchhaltung (z. B. Anlagenspiegel) vorgelegt werden, müssen die (geschätzten) aktuellen Verkaufswerte (nicht die Anschaffungs-/Herstellungskosten) der Gegenstände angegeben werden ohne Berücksichtigung von Abschreibungen. Ggfs. sind die Unterlagen entsprechend zu ergänzen.			
5. Kassenbestand	☐ Nein	☐ Ja – Aufbewahrungsort:	

6. Außenstände: s. beiliegende Debitorenliste (die hier abgefragten Angaben bitte ggfs. dort ergänzen)

$\approx$	Name und Anschrift des Schuldners	Forderungsgrund (z. B. Lieferung/Leistung etc.)	Forderung fällig ab/seit	Forderung vss. nicht einbringlich weil...	Forderung tituliert	Summe aller Forderungen gegen diesen Schuldner
					☐	
					☐	
					☐	
					☐	
					☐	
					☐	
					☐	
					☐	
					☐	
					☐	

Anlage 5

Glaubhaftmachung des Insolvenzgrundes

– nur erforderlich, wenn der Insolvenzantrag nicht von *allen* Mitgliedern des Vertretungsorgans gestellt wird (bzw. allen Gesellschaftern/Aufsichtsräten bei Führungslosigkeit) –

(Für jeden Antragsteller ein eigenes Blatt verwenden!)

**I.
Erläuterungen**

Wenn der Insolvenzantrag nicht von allen Mitgliedern des Vertretungsorgans (z. B. alle Geschäftsführer bei der GmbH) gestellt wird, muss der Insolvenzgrund (Zahlungsunfähigkeit/Überschuldung) *glaubhaft gemacht* werden. Bis zur erfolgten Glaubhaftmachung ist der Insolvenzantrag *unzulässig*. Dies bedeutet auch, dass das Insolvenzgericht solange noch *keinerlei* Sicherungsmaßnahmen (z. B. Einstellung der Zwangsvollstreckung) ergreifen kann.

Glaubhaftmachung ist dabei ein juristischer Fachbegriff, der in § 294 ZPO (anwendbar gemäß § 4 InsO) definiert wird. Er bedeutet eine Beweisführung mit *schriftlichen* Beweismitteln (bei vermindertem Beweismaß). Alle zur Glaubhaftmachung verwendeten Beweismittel müssen zur Akte gegeben werden. – Eine bloß glaubhafte Schilderung genügt nicht. Dagegen ist die Versicherung an Eides Statt als Mittel der Glaubhaftmachung zugelassen.

Organschaftliche Vertreter von Kapitalgesellschaften oder Gesellschaften, bei denen kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist (z. B. GmbH & Co. KG), sind gemäß § 15a InsO verpflichtet, umgehend Insolvenzantrag zu stellen, wenn ein Insolvenzgrund vorliegt. Andernfalls machen sie sich strafbar (selbst wenn nur Fahrlässigkeit vorliegt). Der Insolvenzantrag eines Geschäftsführers wirkt dabei *nicht* auch für die anderen, d. h. jeder muss *selbst* Insolvenzantrag stellen, um sich nicht strafbar zu machen. – Daher sollten am besten alle organschaftlichen Vertreter der Gesellschaft zusammen den Insolvenzantrag stellen. Dann erübrigt sich auch eine Glaubhaftmachung.

In jedem Fall sind alle übrigen Mitglieder des Vertretungsorgans durch das Gericht anzuhören, wenn der Insolvenzantrag nicht von allen gestellt wird.

**II.
Glaubhaft-
machung**

Ich mache den Insolvenzgrund der

- Zahlungsunfähigkeit
- drohenden Zahlungsunfähigkeit
- Überschuldung

wie folgt glaubhaft:

- Die Zahlungsunfähigkeit ergibt sich aus den vorgelegten Unterlagen: Aus dem Vermögensverzeichnis (samt Ergänzungsblättern) ergibt sich, dass die Gesellschaft nicht in der Lage ist, ihre fälligen Verbindlichkeiten, die sich aus dem Gläubiger- und Forderungsverzeichnis ergeben, zu bezahlen.
Zur Glaubhaftmachung versichere ich unter Ziffer III. die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorgelegten Formulare an Eides Statt. *(Dies hier ist noch nicht die Versicherung an Eides Statt. Diese müssen Sie gesondert abgeben [unten III.]!)*
- Ich lege zur Glaubhaftmachung folgende schriftlichen Beweismittel bei:
(Achtung, von Ihnen selbst erstellte Dokumente sind keine Mittel der Glaubhaftmachung dafür, dass deren Inhalt zutrifft.)

**III.
Versicherung an
Eides Statt
(Zahlungs-
unfähigkeit)**

Ich weiß, dass die Abgabe einer falschen Versicherung an Eides Statt strafbar ist (§§ 156, 163 StGB). Die Strafsanktion trifft dabei nicht die Gesellschaft, sondern mich persönlich. Strafbar ist nicht nur eine vorsätzlich falsche Versicherung an Eides Statt, sondern auch eine fahrlässige falsche Versicherung an Eides Statt.

Fahrlässigkeit liegt bereits dann vor, wenn die Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt vermeidbar gewesen wäre. Beim Stellen eines Insolvenzantrags wird dabei ein hoher Sorgfaltsmaßstab angesetzt. Wer sich zum Organ einer Gesellschaft bestellen lässt, muss regelmäßig die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns walten lassen. Wer sich hierzu nicht in der Lage sehen sollte, muss sich ggfs. (auf eigene Kosten) Unterstützung suchen. (Ein „besser kann ich's halt nicht“ entschuldigt nicht!)

Ich, *(Name in Druckbuchstaben)* _____,

versichere nach reiflicher Überlegung und sorgfältiger Überprüfung der in den nachfolgend genannten Formularen eingetragenen Angaben gegenüber dem Insolvenzgericht an Eides Statt, dass die Angaben

- im Vermögensverzeichnis (samt den Ergänzungsblättern und ggfs. beigefügten Listen) und
- im Gläubiger- und Forderungsverzeichnis (ggfs. samt beigefügter Listen)

nach meiner eigenen Wahrnehmung richtig und vollständig sind und dass

- keine tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die Gesellschaft in den nächsten drei Wochen Liquidität generieren kann, die genügt, um mehr als 90 % aller bereits jetzt fälligen Verbindlichkeiten sowie alle in der Zwischenzeit fällig werdenden Verbindlichkeiten zu bezahlen.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

**Verwenden Sie dieses Blatt nur, wenn der Insolvenzantrag in besonderem Maße eilbedürftig ist! Dann bitte dem Antrag voranstellen!
Sonst legen Sie Ihren Antrag bitte *ohne* dieses Blatt vor!**

An das
Amtsgericht – Insolvenzgericht – Regensburg
Augustenstraße 3
93049 Regensburg

- Der anliegende Insolvenzantrag ist in besonderem Maße eilbedürftig.** [Das Verfahren wird nur bevorzugt behandelt, wenn die folgenden Angaben ausgefüllt sind!]

Dies ergibt sich aus folgendem Grund:

.....

..... [ggfs. auf Rückseite/Zusatzblatt fortsetzen]

Es muss bis zum [Datum, ggfs. Uhrzeit]
etwas veranlasst werden, nämlich:,
sonst droht ein erheblicher Nachteil, nämlich:.....
[ggfs. auf Rückseite/Zusatzblatt fortsetzen]

Zusatzangaben bei Eilbedarf:

- Der Geschäftsbetrieb läuft aktuell noch. Es sind Arbeitnehmer vorhanden. / Keine Arbeitnehmer vorhanden.
 Derzeit verfügbare (liquide) Mittel sind vorhanden in Höhe von
- Löhne sind bislang bezahlt./ Es bestehen Lohnrückstände seit i. H. v.
 Nächste Lohnzahlung (Gesamtsumme:) wird fällig am
- Es ist ein Rechtsstreit anhängig. Rechtsanwalt ist beauftragt. Es läuft bis folgende Frist:
- Zum [Datum] ist folgende Zwangsvollstreckungsmaßnahme angekündigt:

Ich weiß, dass das Insolvenzgericht auch bei größtem Eilbedarf *nur* tätig werden kann, wenn der anliegende Insolvenzantrag zulässig ist. Auch vorläufige Sicherungsmaßnahmen setzen stets voraus, dass der Insolvenzantrag zulässig ist. Ich habe daher trotz aller Eile die anliegenden Insolvenzantragsformulare sorgfältig bearbeitet und vollständig und richtig ausgefüllt. Dies gilt in besonderem Maße für das Gläubiger- und Forderungsverzeichnis, § 13 Abs. 1 S. 3 InsO. Es genügt keinesfalls, eine Gläubigerliste nachzureichen.

Ich weiß, dass ich mich von Gesetzes wegen im Insolvenzverfahren *jederzeit* zur Erteilung von Auskünften und Erfüllung meiner Mitwirkungspflichten zur Verfügung stellen muss (§§ 97 Abs. 3, 101, 20 InsO).

Ich bin unter folgender Telefonnummer jederzeit erreichbar:

x

(Unterschrift)